

E r g e b n i s n i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses Dienstleistungen der IHK für München und Oberbayern am Montag, 13. Oktober 2025, 16:00 – 18:00 Uhr, Präsenzsitzung im IBM Watson Center, Mies-van-der-Rohe-Straße 6, 80807 München.

Optionale Führung durch die Highlight Towers

Jennifer Wilhelm

IBM Deutschland GmbH

TOP 1 Begrüßung

Dr. Laura Sasse

Vorsitzende des Ausschusses Dienstleistungen

TOP 2 Digitalstandort Bayern: wie kommen wir voran?

Dr. Hans Michael Strepp, Amtschef

Bayerisches Staatsministerium für Digitales

TOP 3 Best-practice: Schwedenreise

Elke Christian, Mitglied der Hauptgeschäftsführung

IHK für München und Oberbayern

TOP 4 Diskussion

Alle

TOP 5 Aktuelles aus der IHK

Elke Christian

Tanja Wild

Claudia Schlebach

IHK für München und Oberbayern

TOP 6 Verschiedenes

Dr. Laura Sasse

Vorsitzende des Ausschusses Dienstleistungen

TOP 7 Get-together



Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Anlage: Sitzungspräsentation

TOP 1: Begrüßung

Frau Dr. Laura Sasse, Vorsitzende des IHK-Ausschusses Dienstleistungen, heißt die anwesenden Mitglieder und Gäste des Ausschusses willkommen. Sie begrüßt Herrn Dr. Hans Michael Strepp, Amtschef des Bayerischen Digitalministeriums.

Das Thema der Sitzung lautet „Digitalstandort Bayern: Wie kommen wir voran?“. Obwohl Bayern ein starker Wirtschafts- und Innovationsstandort ist, ist die Digitale Transformation ein laufender Prozess und benötigt ständige Aufmerksamkeit und gemeinsames Handeln von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Auf Bundesebene wurde am 1. Oktober 2025 die Modernisierungsagenda mit 80 Einzelmaßnahmen zum Bürokratieabbau und einer besseren Rechtssetzung vorgestellt – darunter die Vereinfachung und Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Am 10. Oktober hat die DIHK hierüber mit Frau Prof. Hölscher, Staatssekretärin im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung diskutiert. Entscheidend ist die konsequente Umsetzung mit verbindlichen Zielwerten, einem Monitoring und echter Wirkung in der Praxis. In Bayern gab es bereits einen Austausch mit Herrn Dr. Strepp in einer Sitzung des IHK-Ausschusses Digitalisierung. Konkret wurden folgende Forderungen zur letzten Landtagswahl geäußert:

- **Agile Digitalisierung der Verwaltung** mit Einbindung der Unternehmen bereits in der Konzeptphase (z. B. durch Digitallabore, Praxis-Checks).
- **Einheitlicher Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen** durch Nutzung und Ausbau bestehender bundesweiter Lösungen (z. B. Elster-Unternehmenskonto, Bürger-ID, Allianzen mit Bundesländern zum Einsatz dort entwickelter Lösungen). Gleichzeitig ein gemeinsames Zielbild von Bund, Ländern und Kommunen mit klaren Zuständigkeiten und einer zentralen Plattform-Infrastruktur schaffen.
- **OZG (Onlinezugangsgesetz) vollständig umsetzen:** komplette Digitalisierung der relevanten Verwaltungsprozesse, Registermodernisierung für ein „Once-Only“-Prinzip und Datenaustausch unter Behörden.

TOP 2: Digitalstandort Bayern: wie kommen wir voran?

Frau Dr. Laura Sasse leitet über an Herrn Dr. Strepp:

- Geboren in Bonn
- Studium der Rechtswissenschaft und Philosophie in Bonn und München
- Tätigkeiten als Rechtsanwalt, Staatsanwalt und Richter sowie in der Bayerischen Staatskanzlei
- Hauptgeschäftsführer der CSU von 2013 bis 2019
- Amtschef im neugegründeten Bayerischen Staatsministerium für Digitales seit Februar 2019.

Anschließend übergibt Frau Dr. Sasse das Wort an Herrn Dr. Strepp und bittet ihn zu präsentieren, was ganz konkret in der letzten Legislaturperiode und seit genanntem Austausch in Umsetzung gebracht worden ist.

- Herr Dr. Strepp erzählt den Anwesenden, dass **bereits viele Prozesse digitalisiert** worden sind, der Digitalisierungsstand in der Gesellschaft allerdings viel schlechter wahrgenommen wird. So berichtet er von seiner kürzlich stattgefundenen KFZ-Ummeldung, welche komplett digital innerhalb einer Stunde von Zuhause aus funktioniert hatte. Im Bereich der Digitalisierung sieht er die größten **Probleme in der Skalierung und der Kommunikation** dessen, **was bereits erreicht worden ist**.
- Am Beispiel der i-KfZ schlüsselt er die **Hindernisse im Digitalisierungsprozess** auf. So war für dessen Ermöglichung zuerst eine **Gesetzesänderung** notwendig, durch welche bestehende Autokennzeichen, unter der Voraussetzung, dass keine simultane Wohnsitzänderung stattfindet, nicht mehr an der Zulassungsstelle umgemeldet werden müssen.
- Jedes **neue Gesetz** in Bayern muss mittlerweile **auf Digitalisierungshindernisse geprüft** werden (Beispiel: Schriftformerfordernis, etc.).
- Mit der noch anstehenden **Authentifizierung über wallets** soll das Problem der Schriftformerfordernis hinfällig werden.

- Für **bestehende Gesetze** müssen langfristig **Prozessbibliotheken erstellt** werden inklusive Landkarten mit offenen Schnittstellen. Länder mit einer geringeren Anzahl von Gesetzen haben es leichter zu digitalisieren. Beispiel: Digitales Grundbuch in Kasachstan wurde in relativ kurzer Zeit implementiert. Auch in Estland war die Digitalisierung entsprechend einfacher.
- Stand heute werden rund **75 Prozent der staatlichen Leistungen von den Kommunen bearbeitet**. Mit den **Bayern Packages** möchte man dieser Zersplitterung entgegenwirken, zusätzlich werden aber weitere Vorgaben nötig sein. Damit beschäftigt sich eine **Zukunftskommission mit den Spitzenverbänden der Kommunen**. Gesucht wird derzeit ein **zentraler Dienstleister**, der alle Kommunen in Deutschland bedienen kann. Dann muss eine **Prozessanalyse aufgesetzt** werden, da in jeder Kommune Prozesse anders umgesetzt werden.
- Langfristig muss überlegt werden, ob der **Föderalismus überdacht werden** sollte. Problematisch ist der Föderalismus auch beim Datenschutz.
- Ebenso bedarf es einer Konfrontation mit der Frage, wie wir zukünftig **mit Daten umgehen** möchten. So herrscht beispielsweise eine Diskrepanz zwischen dem Wunsch der vorausgefüllten Steuererklärung und dem des Datenschutzes. Der Datenschutz unterbindet zum Teil mögliche Services.
- Der **Digitalcampus in Hof** bildet Beamte in Sachen Digitalisierung fort.
- An einzelnen Stellen findet bereits ein **Einsatz von KI in der Verwaltung statt**, KI Agents sind allerdings bei Mitarbeitern noch nicht im Einsatz.

TOP 3: Best-practice: Schwedenreise

Frau Dr. Laura Sasse stellt Frau Elke Christian vor:

- Mitglied der Hauptgeschäftsführung, IHK für München und Oberbayern
- Verantwortet die Bereiche Ehrenamt, Region, Politik in der IHK
- War im März mit einer Delegation bayerischer Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung und Unternehmerschaft in Schweden
- Ziel: Information, wie Bürokratie reduziert werden kann und Digitalisierung v.a. im öffentlichen Bereich vorangebracht werden kann.

Frau Christian berichtet über die März 2025 stattgefundene Delegationsreise nach Schweden, welche infolge der IHK-Ifo-Studie 2024 entstand. Die Studienergebnisse implizierten einen großen Handlungsdruck, da Deutschland rd. 146 Mrd. Euro an Wirtschaftsleistung durch Bürokratie entgehen und verweisen als Best-practice-Beispiel auf Schweden. Schwedens USPs liegen vor allem in folgenden Punkten:

- Anderes Mindset: Pragmatismus, Konsens, Vertrauen
- Serviceorientierung der Behörden
- Transparenz
- Zentralisierung der Verwaltung und zentrale Datenhaltung – starke Vernetzung von Behörden und Registern
- Fortgeschrittene Digitalisierung – Userzentrierte Lösungen

Für Unternehmen bieten diese Voraussetzungen einen guten Nährboden. Identifiziert wurden speziell folgende Vorteile für das Unternehmertum:

- Digitale Legitimation über lebenslang gültige Personen- / Organisationsnummer i.V.m. zentraler Bank-ID
- Volldigitalisierte Prozesse und Abwicklung von Behördenvorgängen via Handy
- Digitaler Abschluss von Verträgen mit wenigen Formvorschriften
- Digitale, zügige Unternehmensgründung bzw. -änderung in wenigen Schritten ohne Notar
- Digitale Abwicklung von Steuerangelegenheiten (u.a. vorausgefüllte Steuerklärung)

Im Anschluss präsentiert Frau Christian die Ergebnisse der jährlichen Digitalisierungsumfrage, in der bayerische Unternehmer den Digitalisierungsgrad ihres eigenen Unternehmens, aber auch den der Verwaltung bewerten. Ersteren bewerten sie mit der Schulnote 2,8. Die öffentlichen Verwaltung erhält allerdings eine 4,3 als Durchschnitt. Hier wird dringender Handlungsbedarf rückgemeldet.

Die IHK für München und Oberbayern entwickelte ein Positionspapier zur Verwaltungsdigitalisierung: [PP Verwaltungsdigitalisierung 29.11.23 WEB.pdf](#) und trug dieses im Rahmen der politischen Interessenvertretung an die Politik.

Ebenso bietet die IHK München wie auch der BIHK bei folgenden Initiativen Unterstützung an:

- 1) Projekt „Modellregion“ unter Federführung des Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung
- 2) Beschluss der Bundesregierung vom 01.10.2025 „Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung (Bund) - Für ein schnelles, digitales und handlungsfähiges Deutschland“
- 3) Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung sowie das Bayerische Staatsministerium für Digitales, 23.09.2025: Kooperation für Verwaltungsdigitalisierung.

TOP 4: Diskussion

Frau Dr. Sasse bedankt sich sowohl bei Herrn Dr. Strepp als auch bei Frau Christian für die Beiträge und eröffnet die Diskussion für alle Teilnehmenden der Ausschusssitzung.

- Zur Frage wie die **Roadmap für Bayerns Digitalisierung** aussieht und welches Datum als Ende definiert worden ist, antwortet Herr Dr. Strepp damit, dass Bund und Länder laut OZG bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen hätten online anbieten müssen. Allerdings sei rund ein Drittel der Leistungen nicht digitalisierbar – unter anderem wegen Schriftformerfordernissen. Es ist nicht unüblich, dass Formulare als PDF ausfüllbar sind, aber analog bearbeitet werden müssen.
- Darüber hinaus sei eine **Registerdigitalisierung nötig**. Diese habe allerdings ebenso wie die Volldigitalisierung der staatlichen Prozesse in Bayern kein Zieldatum. Aktuell gehe man so vor, dass alle neuen Gesetze auf Digitalisierungsfähigkeit analysiert werden.

- **Vergleich zu anderen EU-Ländern:** In Griechenland ist im Bereich Steuern die Digitalisierung deutlich schneller umgesetzt worden. In Deutschland war die Steuerverwaltung zwar eine der ersten digitalen Verwaltungen (s. Elster), aber laut Herrn Dr. Strepp ist häufig das größte Problem, dass Deutschland über herausragende analoge Services verfügt, welche sich über die Jahre auf Abläufe ohne Digitalisierung spezialisiert haben. Insgesamt schaffen Länder mit schlechteren analogen Services die Digitalisierung deutlich einfacher. Estland fing z.B. „auf einer grünen Wiese“ an und hatte durch die omnipräsente Bedrohung Russlands eine weitaus größere intrinsische Motivation, sich schnellstmöglich effizient aufzubauen. Im Gegensatz dazu fragmentierten sich die Prozesse in Deutschland im Laufe der Jahre immer weiter. Es bildete sich ein riesiges, von Interdependenzen geprägtes Prozesskonstrukt.
- Auch das Thema Datenschutz ist in anderen Ländern weitaus einfacher zu handhaben als in Deutschland. So wird die **DSGVO bei uns sehr hoch priorisiert**, sorgt dafür allerdings für eine Beschränkung der Möglichkeiten digitaler Services. Die Bevölkerung sei selten bereit, Daten freiwillig preiszugeben – abgesehen von bspw. Google Maps – außer es sei von elementarer Wichtigkeit wie z.B. der Krebsanalyse.
- **Kommunen** müssen grundlegend entlastet werden. Durch **zentrale Dienstleister und zentralisierte Server** ließen sich die Services jedoch besser **vereinheitlichen**. Ebenso sollten, wo möglich, die Ämter zusammengeführt werden. Das **Once-Only-Prinzip** muss zudem konsequent durchgesetzt werden. Die **Steuer-ID** war hierbei **ein erster Schritt** in die richtige Richtung.
- **Entwicklungen im Bereich der KI** bringen neue Chancen. So wird diese z.B. in Nürnberg bei der Bearbeitung von Wohngeldanträgen verwendet. Die KI-Lösung könnte breit zur Verfügung gestellt werden, braucht hierfür jedoch im Vorfeld eine entsprechende Schulung der Mitarbeitenden. Dr. Strepp sieht darin auch eine Möglichkeit, der Unterbesetzung in der öffentlichen Verwaltung entgegenzuwirken.

TOP 5: Aktuelles aus der IHK

Elke Christian berichtet über den Zeitplan der kommenden IHK-Wahl 2026.

Tanja Wild stellt das neu konzipierte IHK-Dashboard für die Dienstleistungsbranche vor und bittet die Teilnehmenden darüber abzustimmen, ob genanntes Dashboard etwa einmal im Quartal via E-Mail an alle Mitglieder und Gäste des Ausschusses versendet werden soll. Das Wahlergebnis ist ein einstimmiges Ja.

Claudia Schlebach berichtet über den BIHK Brandbrief an Herrn Ministerpräsident Dr. Markus Söder, die Ergebnisse der IHK-Standortumfrage 2025, das neue Standortportal Bayern, die Einführung eines neuen § 34k GewO für Darlehens- und Warenkreditvermittler, die Unterstützung der Kommunikationskampagne OlympiJA und die Schienenanbindung Flughafen München.

TOP 6: Verschiedenes

Abschließend dankt Frau Dr. Sasse allen Teilnehmenden sowie Gästen für ihr Erscheinen und die angeregte Diskussion sowie Herrn Dr. Strepp und Frau Christian für die Redebeiträge und Partizipation an der Diskussion. Ebenso dankt sie IBM für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und die im Vorfeld stattgefundene Führung. Zuletzt werden die nächsten Sitzungstermine des Dienstleistungsausschusses angekündigt:

- **Frühjahrssitzung und letzte Sitzung vor der IHK-Wahl:**
20.01.2026, 16:00 – 18:30 Uhr
- **Herbstsitzung / Konstituierende Sitzung** (für alle neu berufenen Mitglieder und Gäste):
vsl. 10.11.2026, 16:00 – 18:30 Uhr

Die Sitzung wird um 18:00 Uhr beendet und es wird eingeladen zum anschließenden Get-together (s. TOP 7).

TOP 7: Get-together

Tanja Wild
(Protokollführerin)

18. November 2025

Dr. Laura Sasse
(Vorsitzende Ausschuss Dienstleistungen)